

Bundestagswahlen 2025 – ein politischer Weckruf für Mecklenburg-Vorpommern? Hoffentlich!!!

Die Bundestagswahl 2025 ist gelaufen. Das Ergebnis ist: Die politische Landschaft sowie der Alltag in Mecklenburg-Vorpommern und Ostdeutschland werden zunehmend blau eingefärbt. Alle Wahlkreise in MV, die 2021 die SPD gewonnen hatte, gehen an die AfD. Die AfD wird nach der CDU die zweitstärkste Partei im Bundestag. Die SPD verliert deutlich in der Wählergunst. Bündnis 90/Die Grünen haben leichte Verluste. DIE LINKE zieht wieder in den Bundestag ein. Die FDP und das BSW scheitern an der 5-Prozent-Hürde.

So weit das Ergebnis. Bleibt die Frage: Warum wird immer stärker an den politischen Rändern gewählt? Oder anders gefragt: Warum sind die etablierten Parteien und deren Kandidaten für die meisten Wählerinnen und Wähler in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr wählbar?

Wenn man einfache Antworten geben will, dann wird man immer darauf verweisen, dass es ja eine BUNDESTAGSWahl ist und dass die Entscheidungen der BUNDESregierung die Wähler am meisten beeinflusst haben. Ja, das ist nicht gänzlich unrichtig, aber Bundestagswahlen sind immer auch ein Gradmesser für die Zufriedenheit mit den politischen Entscheidungen und Entscheidern im eigenen Bundesland. Damit zeigt mir das MV-Ergebnis, dass das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die etablierten Parteien unseres Bundeslandes mindestens erschüttert, wenn nicht sogar verloren gegangen ist.

Das Grundbedürfnis nach eigener Sicherheit und das

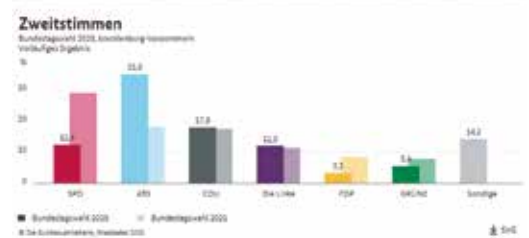
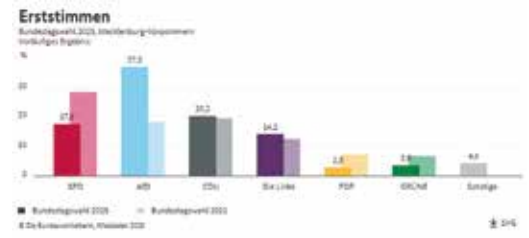
Versprechen des Staates, diese zu gewährleisten, war das Wahlthema. Wer glaubt, dies sei nur meine Meinung, weil ich als Polizeigewerkschaftler aktiv bin, der sollte die Analysen zum Wahlverhalten und den Wahlgründen lesen. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen sich offenbar nicht mehr ausreichend geschützt. Sie erleben täglich den weiteren Rückzug des Staates und seiner Polizei aus der Fläche. Sie haben das Gefühl, dass ihr Bedürfnis nach Sicherheit relativiert und nicht gehört wird. Mich alarmiert diese Wahrnehmung.

Die innere Sicherheit ist eine dauerhafte Verpflichtung des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern

Als Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei sehe ich mich in der gesellschaftlichen Verantwortung, in dieser Situation noch deutlicher nicht nur auf die Sorgen meiner Kolleginnen und Kollegen, sondern auch auf die Sorgen der Bevölkerung aufmerksam zu machen. Es ist offensichtlich, dass das Gefühl von Unsicherheit und Angst vor Kriminalität beim Wahlverhalten eine Rolle spielt. Auch die Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern muss endlich erkennen, dass es nicht ausreicht, sich mit allgemeinen Phrasen über die Sicherheit zu begnügen. Auch Verweise auf die eigene Nichtzuständigkeit der Landesregierung verbieten sich. Konkrete Maßnahmen in Land und Bund sind erforderlich, um das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen zurückzugewinnen!

Das Vertrauen in den Staat steht und fällt mit der inneren Sicherheit

Was also ist zu tun? Zunächst: Ein Problem löst man nicht,



Quelle: Die Bundeswahlleiterin, Wiesbaden 2025

wenn man es ignoriert. Die rot-rote-Landesregierung und die Mitglieder des Landtages müssen sich ehrlich mit den Themen, die die Menschen bewegen, auseinandersetzen. Dazu gehören nicht nur mehr Polizeipräsenz und bessere Ausstattung der Einsatzkräfte, sondern auch präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität und Extremismus.

Fazit – ein Weckruf!

Die Parteien in Mecklenburg-Vorpommern müssen JETZT dringend handeln und ihre Strategien überdenken, wenn sie im Wahljahr 2026 kein weiteres Desaster erleben wollen. Ignoranz gegenüber den Ängsten der Bevölkerung darf nicht länger toleriert werden. Lasst uns gemeinsam – Politik, Gesellschaft, Gewerkschaften und insbesondere Sicherheitsbehörden – zusammenarbeiten, um zu verhindern, dass extremistische Strömungen weiter an Einfluss gewinnen. Lasst uns ein Umfeld schaffen, in dem sich alle Menschen wieder sicher fühlen und damit das Vertrauen in unsere Demokratie gestärkt wird.

Hört uns Gewerkschaftlern aus den Sicherheitsbehörden endlich zu!
Euer Christian Schumacher



Foto: GdP/MV



BUNDESTAGSBESCHLUSS ZUM MUTTERSCHUTZ

Wichtiger Fortschritt – Mecklenburg-Vorpommern muss nachziehen!

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern begrüßt die vom Bundestag beschlossene Erweiterung des Mutterschutzes ausdrücklich. Erstmals wird Frauen, die ab der 13. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden, ein gesetzlicher Mutterschutz gewährt. Diese längst überfällige Anpassung trägt den physischen und psychischen Belastungen Rechnung, die eine Fehlgeburt mit sich bringt, und schafft dringend notwendige soziale Absicherung für betroffene Frauen.

Bundesweite Verbesserungen – doch Mecklenburg-Vorpommern hinkt hinterher

Mit dem Inkrafttreten der Neuregelung am 1. Juni 2025 wird erstmals eine gestaffelte Mutterschutzfrist auch für Frauen eingeführt, die ihr Kind vor der 24. Schwangerschaftswoche verlieren. Während die neuen Vorschriften für Tarifbeschäftigte sowie Bundesbeamtinnen und Soldatinnen gelten, bleibt eine entscheidende Frage offen: Wann werden diese Regelungen auf die Beamtinnen in Mecklenburg-Vorpommern übertragen?

Handlungsbedarf in Mecklenburg-Vorpommern: Anpassung der Mutterschutzverordnung erforderlich

In Mecklenburg-Vorpommern besteht für Beamtinnen derzeit keinerlei Anspruch auf Mutterschutz bei einer Fehlgeburt. Die geltende Mutterschutzverordnung (MuSchVO MV) aus dem Jahr 1994 berücksichtigt diesen Fall nicht. Damit werden Beamtinnen im Landesdienst gegenüber ihren Kolleginnen auf Bundesebene sowie im kommunalen und tariflichen Bereich klar benachteiligt. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern widerspricht auch dem Ziel einer modernen, familienfreundlichen Personalpolitik.

Bereits im Sommer 2024 hat die GdP Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Verbandsanhörung zur Novellierung des Landesbeamtengesetzes (LBG MV) eine dynamische Verweisung auf das Bundesrecht gefordert. Diese Forderung ist in den Entwurf eingeflossen. Damit wird sichergestellt, dass Beamtinnen in Mecklenburg-Vorpommern nicht schlechtergestellt werden als ihre Kolleginnen im Bund. Eine zeitnahe Beschlussfassung durch das Landesparlament wird erwartet.

Forderung der GdP: Angleichung an Bundesrecht und Einführung der Familienstartzeit

Die GdP Mecklenburg-Vorpommern fordert die Landesregierung auf, unverzüglich die notwendigen Schritte zur Anpassung der Mutterschutzverordnung MV einzuleiten. Eine Verzögerung oder Sonderregelung für das Land ist nicht akzeptabel. Gleichzeitig setzen wir uns für die Einführung der Familienstartzeit auch für Beamtinnen und Beamte ein, um eine einheitliche Regelung für alle Dienstherren zu gewährleisten. „Mecklenburg-Vorpommern darf sich nicht zum Schlusslicht bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickeln. Insbesondere im Wettbewerb um Fachkräfte muss unser Bundesland attraktive Arbeitsbedingungen bieten – dazu gehören faire Mutterschutzregelungen für alle Beschäftigten, unabhängig vom Status als Beamtin oder Tarifangestellte“, so die Frauengruppe der GdP MV.

Die GdP wird diesen Prozess aktiv begleiten und fordert einen engen Dialog mit der Landesregierung, um gemeinsam eine zeitgemäße und gerechte Lösung für Beamtinnen und Beamte in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen. ■



„Wir wurden kaputtgespart“

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert mehr Personalstellen in Mecklenburg-Vorpommern und den Abbau bürokratischer und gesetzlicher Hürden, die die Strafverfolgung aus seiner Sicht behindern.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Christian Schumacher, hat mehr Stellen für die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern gefordert. Seit zehn Jahren habe die Politik Stellen für 6.200 Polizistinnen und Polizisten versprochen. „Wir sind es nicht und wir werden es auch dieses Jahr nicht werden. Wir sind seit Jahren kaputtgespart worden“, sagte Schumacher dem NDR.



Fußstreifen kaum noch möglich

„Sicherheit“ werde von den Bürgerinnen und Bürgern zweifellos subjektiv empfunden, räumte der GdP-Chef ein. Allerdings fühle man sich sicherer, wenn die Polizei präsent auf der Straße zu sehen sei. Fußstreifen könne sich die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich nur noch in Städten wie Rostock und Schwerin leisten, nicht aber in den kleineren Städten.

Digitalisierung „in den Kinderschuhen“

Schumacher forderte zudem, die Digitalisierung der Polizei schneller voranzutreiben, „da stecken wir in den Kinderschuhen“. Außerdem mahnte er an, per Gesetz bürokratische Hürden abzubauen sowie auch die Ka-

meraüberwachung von öffentlichen Plätzen oder die Verfolgung zum Beispiel von Kinderpornografie im Internet zu erleichtern.

Innere Sicherheit gewährleistet

Die innere Sicherheit in MV sei gewährleistet, versicherte Schumacher. Gleichwohl hoffe er, dass Politiker die innere Sicherheit nicht nur als Floskel vor sich hertragen, sondern „mit Vehemenz“ versuchen, sie zu stärken. Gerichtet an Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Christian Pegel (SPD) sagte Schumacher: „Machen Sie die Polizei zur Chefsache, lassen Sie Ihren Worten Taten folgen.“ ■

Das vollständige Interview bei NDR Mecklenburg-Vorpommern:



DGB Personalreport 2024: warum Teilzeit?

Der DGB Personalreport enthält in diesem Jahr eine Sonderauswertung zur Teilzeit. Im öffentlichen Dienst erhöhte sich die Teilzeitquote zuletzt auf über 35 % und liegt höher als in der Privatwirtschaft. Weiterhin ist auffällig, dass vor allem Frauen ihre Arbeitszeit reduzieren (müssen). Der Personalreport untersucht, welche Altersgruppen und welche Arbeitsbereiche betroffen sind. Und er beleuchtet, warum die Option Teilzeit von den Beschäftigten eigentlich gewählt wird. Auch der Personalmangel und die hohe Arbeitsbelastung treiben viele Beschäftigte in die Teilzeit.

Hauptaussagen:

- 5,27 Mio. Menschen waren zum Stichtag 30. Juni 2023 im öffentlichen Dienst beschäftigt. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 64.005 zusätzliche Beschäftigte. In vielen Arbeitsbereichen fehlt aber weiterhin Personal.
- Ein knappes Fünftel des gesamten Personalzuwachses (18 %) fand in nur einem einzelnen Aufgabenbereich statt. Das Plus war also erneut stark auf die kommunalen Kindertagesstätten zurückzuführen (plus 11.520).
- Das Durchschnittsalter liegt bei 44,1 Jahren, ein hoher Wert. 27 % der Beschäftig-

ten werden in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen, die Rekrutierung von Personal wird ein Thema bleiben.

- 516.000 Beschäftigte arbeiten mit einem befristeten Vertrag. Die Befristungsquote betrug im öffentlichen Dienst bei den Tarifbeschäftigten 15,5 %. ■

Der ausführliche DGB Personalreport 2024:





SENIORENTREFFEN DER KREISGRUPPE SCHWERIN UND DES LANDESKRIMINALAMTS

Gemeinsames Frühstück und Schulung zur Beihilfeabrechnung

Im Februar kamen 50 Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe Schwerin sowie des Landeskriminalamts im Landhaus Bondzio in Langen Brütz zusammen. Bei einem gemeinsamen Frühstück wurden angeregte Gespräche geführt – eine Gelegenheit, altbekannte Gesichter wiederzusehen, sich über die Dienstzeit auszutauschen und über Erfahrungen in der Pension oder Rente zu sprechen.

Schulung zum Mitarbeiterportal des Landesamts für Finanzen

Der Anlass des Treffens war eine Schulung zur Nutzung des Mitarbeiterportals des Landesamts für Finanzen. Mit dem Eintritt in den Ruhestand verlieren Beamtinnen und Beamte des Polizeidienstes die freie Heilfürsorge und wechseln in die Beihilfe. Dies bedeutet einen erheblichen bürokratischen Mehraufwand, da nun die Abrechnung gegenüber der privaten Krankenversicherung und im Rahmen der Beihilfe eigenverantwortlich erfolgen muss.

Um diesen Prozess zu erleichtern, bietet das digitale Mitarbeiterportal eine effiziente Lösung zur schnellen Abwicklung der Abrechnungen. Allerdings sind der Umgang mit digitalen Systemen, das Einscannen von Dokumenten und die Online-Abrechnung für viele eine Herausforderung. Daher wurde die Schulung ins Leben gerufen, um den Pensionärinnen und Pensionären den Umgang mit dem Portal näherzubringen und ihnen die nötige Unterstützung zu bieten.

Erfahrene Kollegen als Referenten

Für die Schulung standen erfahrene Kollegen zur Verfügung: Peter Woch aus der Kreisgruppe Stralsund, Karsten Hilbrandt aus der Kreisgruppe Rostock sowie Dieter Krasemann aus der Kreisgruppe Rügen. Sie vermittelten praxisnahe Anleitungen und



Foto: GdP LKA MV

beantworteten Fragen rund um die Beihilfeabrechnung. Begleitet wurde die Veranstaltung zudem von Bernd Reinhardt von der PVAG, der wertvolle Erfahrungen und Tipps teilen konnte.

Gewerkschaft bleibt ein verlässlicher Partner

Solche Veranstaltungen zeigen, wie wichtig die Gewerkschaftsmitgliedschaft auch über den aktiven Dienst hinaus bleibt. Die GdP unterstützt ihre Mitglieder in jeder Lebensphase – sei es während der Dienstzeit oder im Ruhestand. Ein besonderer Dank gilt den Organisatoren Uwe Groß von der Kreisgrup-

pe Landeskriminalamt und Werner Vehlows aus der Kreisgruppe Schwerin sowie den Referenten für ihren Einsatz.

Solche Treffen unterstreichen nicht nur den Zusammenhalt der ehemaligen Polizeibediensteten, sondern auch die Bedeutung der kontinuierlichen Unterstützung durch die Gewerkschaft.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Unterstützung durch die Seniorengruppe der GdP MV ist die Arbeitsgruppe „Beihilfe“, die vor Jahren ins Leben gerufen wurde. Diese steht den Kolleginnen und Kollegen bei Fragen rund um die Beihilfe zur Seite und setzt sich gegenüber politischen Entscheidungsträgern und dem Landesamt für Finanzen für nachhaltige Verbesserungen ein. ■



KREISGRUPPE SCHWERIN/KREISGRUPPE NORDWESTMECKLENBURG

Endlich war es so weit ...



strukturelle Anpassung der drei KDDs lediglich ein erster Schritt sein kann, um die Kriminalpolizei in Mecklenburg-Vorpommern weiterzuentwickeln. Wir als GdP waren bei dieser ersten und doch besonderen Dienstversammlung gerne mit vor Ort und brachten entsprechend Kuchen mit, der bei den Anwesenden gut ankam. Die Rückmeldung der Anwesenden mir gegenüber: „Ja, es ruckelt da und dort durchaus ...!“ Das Fazit ist

Am 29. Januar 2025 trafen sich nach der strukturellen Anpassung – im Rahmen des Projektes Weiterentwicklung Kriminalpolizei – die Mitarbeitenden des neuen Fachkommissariats 7 im Europahaus in Dümmer. Nach 90 Tagen der Zusammenführung der drei Kriminaldauerdienste der Polizeiinspektionen Wismar, Ludwigslust und Schwerin in der Kriminalpolizeiinspektion Schwerin wollte man sich austauschen und ins Gespräch kommen. Am Rande der Fachvor-

träge an diesem Tag wollte man sich zudem standortübergreifend einfach auch persönlich kennenlernen! Beeindruckend das junge Durchschnittsalter der anwesenden „neuen“ Mitarbeitenden im neuen FK7. Die Polizeipräsidentin Frau Hamann ließ es sich nicht nehmen, an der ersten Dienstversammlung des FK7 [KDD] teilzunehmen, und machte klar, dass sie sich freue und die



Fotos: GdP Schwerin

aber, der überwiegende Teil ist guter Dinge, dass das FK7 und die strukturelle Anpassung ein Erfolg werden können.

**Euer Maik Exner-Lamnek,
Vorsitzender der KG Schwerin**

#WIRFÜREUCHVORORT

Parchim (12. Februar 2025): Fußballbetreuung mal anders! Mitte Februar fand das alljährliche Fußballturnier der Polizeiinspektion Ludwigslust statt. Es hieß, wieder einen Wanderpokal zu vergeben. Da ohne „Mampf kein Kampf“ nicht nur ein Spruch ist, entschlossen wir uns als Kreisgruppe Schwerin, die Mittagsversorgung beim Turnier sicherzustellen. Herzlichen Dank hier an unseren Pensionär Waldemar Skrocki und an Ilonka Skrocki, die kurz entschlossen Bockwurst und Toast besorgten. Ja, es mag nicht gesund sein ... Aber die Bockwurst kam sehr gut an! Die Teilnehmenden konn-

ten zu einem minimalen Unkostenbeitrag (1 Euro) die Wurst am Stand von Ilonka und Waldi erwerben. Unser Pensionär, der auch Fußballtrainer ist, unterstützte kurzerhand auch gleich die Turnierleitung. Das Ergebnis selbst stand dann gegen 13 Uhr fest. Nach einem spannenden 9-Meter-Schießen konnte sich das PR Boizenburg den Wanderpokal holen und alle Teilnehmenden sind glücklich sowie gesättigt in ihre Dienststellen zurückgekehrt.

**Maik Exner-Lamnek,
Vorsitzender der KG Schwerin**



Fotos: GdP Schwerin



GdP MV im Dialog

Am Abend des 12. Februar 2025 hatten Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern die Gelegenheit, einer Einladung der CDU Mecklenburg-Vorpommern zu einer Veranstaltung in Neubrandenburg zu folgen.

Wir möchten betonen, dass die Teilnahme an dieser Veranstaltung für uns eine wichtige Möglichkeit darstellt, den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern zu suchen und unsere Anliegen direkt zu kommunizieren. Der Austausch mit der CDU MV ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Herausforderungen, vor denen die Polizei in unserem Bundesland steht, offen anzusprechen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Die GdP setzt sich für die Belange unserer Mitglieder ein und sieht es als unsere Pflicht an, aktiv an politischen Diskussionen teilzunehmen. Nur durch einen konstruktiven Dialog können wir sicherstellen, dass die Stimme der Polizeibeschäftigten gehört wird und ihre Interessen angemessen vertreten sind.

Wir danken der CDU MV für die Einladung und freuen uns auf einen produktiven Austausch über Themen wie Sicherheit, Personalfragen und die Rahmenbedingungen unserer Arbeit. Es ist unser Ziel, gemeinsam mit allen politischen Akteuren an einer sicheren Zukunft für Mecklenburg-Vorpommern zu arbeiten. ■



Gewaltsame Ausschreitungen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mecklenburg-Vorpommern verurteilt die gewaltsamen Ausschreitungen, die beim Fußballspiel zwischen dem FC Hansa Rostock und Dynamo Dresden stattgefunden haben. Die Bilder der Randalen sind erschütternd und zeigen einmal mehr, dass Gewalt im Fußball keinen Platz hat.

Bei diesen Krawallen wurden Dutzende Menschen verletzt, darunter 13 Polizeibeamte und fünf Mitarbeiter des Stadions. Es ist inakzeptabel, dass unsere Kolleginnen und Kollegen sowie unschuldige Menschen bei einem Sportereignis, das für Freu-

de und Gemeinschaft stehen sollte, zu Opfern von Gewalt werden.

Wir fordern eine konsequente Aufarbeitung dieser Vorfälle und eine klare Haltung gegen jegliche Form von Gewalt im Sport. Die Sicherheit von Fans, Spielern und allen

Beteiligten muss oberste Priorität haben. Es ist an der Zeit, dass alle Akteure – Vereine, Verbände und die Politik – gemeinsam Verantwortung übernehmen und Maßnahmen ergreifen, um solche Ausschreitungen in Zukunft zu verhindern.



Quelle: Bildschirmfoto NDR

Die GdP steht fest an der Seite unserer verletzten Kolleginnen und Kollegen. Wir danken den Einsatzkräften für ihren Mut und ihre Professionalität unter extremen Be-

dingungen. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass Fußball ein Ort des Respekts und der Fairness bleibt.

Innenminister Pegel sieht Verantwortung beim Verein

Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Christian Pegel (SPD), sieht einem NDR-Bericht zufolge den Verein Hansa Rostock in der Verantwortung, für die Sicherheit im Stadion zu sorgen. Angesichts der großen Mengen an Leuchtpurmunition und Pyrotechnik, die am Samstag, dem 22. Februar, im Stadion gezündet wurden, sei es wichtig, dass alle diese Gegenstände

unbemerkt durch die Einlasskontrollen gelangten. „Von daher bleibt Hansa Rostock mit seinem Einlass da in der totalen Verpflichtung.“ Das sei deren Hausrecht.

„Die haben für die Sicherheit innerhalb ihres Stadions Sorge zu tragen, übrigens gerade auch im Interesse der vielen, vielen anderen Zuschauerinnen und Zuschauer, aber natürlich auch der Polizeikolleginnen und -kollegen“, betonte Pegel. Außerdem fordert er, alle Wege zu überprüfen, auf denen verbotene Gegenstände ins Stadion gelangen könnten – auch Tage im Voraus. Gleichzeitig halte Pegel es für notwendig, auf Länderebene ein Gesetz zu schaffen, das es möglich macht, Kosten für Polizeieinsätze an die Vereine weiterzugeben. ■

Einsatzbetreuung

Wir wissen, dass Einsätze oft mit hohen Anforderungen und Stresssituationen verbunden sind. Daher ist es uns wichtig, dass jeder von euch die notwendige Unterstützung erhält und sich während des Einsatzes wohlfühlt. Vielen Dank für euren unermüdlichen Einsatz und eure Professionalität!

Eine Frage die uns immer wieder gestellt wird: Wie viel habt ihr bestellt? Antwort:

- 120 Streuselschnecken
- 120 Muffins
- 120 Spritzkuchen
- 120 Hanseaten
- 2 Bleche (je 30 Stück) Apfelkuchen
- 2 Bleche Buttermilchkuchen
- Kaffee, Tee usw.

Danke an die Mecklenburger Backstuben und an unsern Partner – die PVAG. ■



Foto: GdP MV

DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)



STUDIE ZU PHÄNOMEN PRÄSENTISMUS

Zwei Drittel der Arbeitnehmer gehen krank zum Job

In Wirtschaft und Politik wird vielfach die mangelnde Leistungsbereitschaft vieler Deutscher beklagt. Eine Studie des DGB legt nun etwas anderes nahe. Demnach arbeiten viele Menschen sogar, obwohl sie krank sind. Und das Phänomen des sogenannten Präsentismus nimmt spürbar zu.

Zwei von drei Arbeitnehmern in Deutschland arbeiten auch dann, wenn sie krank sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) unter 7.000 Befragten, die der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) vorliegt. 63 Prozent gaben demnach an, im vergangenen Jahr trotz einer Erkrankung mindestens einen Tag lang gearbeitet zu haben. 44 Prozent sagten, sie hätten sogar eine Woche oder länger krank gearbeitet.

Dem DGB zufolge hat damit der sogenannte Präsentismus – das Phänomen, wenn Beschäftigte trotz Krankheit arbeiten – in den vergangenen drei Jahren stark zugenommen. 2021, auf dem Höhepunkt der Coronapandemie, hatten nur 48 Prozent der Befragten angegeben, mindestens einen Tag krank bei der Arbeit gewesen zu sein.

Dem DGB zufolge gehen Beschäftigte in eher prekären Arbeitsverhältnissen beson-

ders häufig krank zur Arbeit. Das betrifft etwa Reinigungskräfte: 77 Prozent von ihnen geben an, im vergangenen Jahr mindestens einen Tag trotz Erkrankung gearbeitet zu haben; 57 Prozent von ihnen eine

Woche oder länger. Höhere Werte finden sich auch in Branchen, die von Personalmangel gekennzeichnet sind, etwa bei Erzieherinnen und Lehrerinnen, wo 76 Prozent im Jahr 2024 zeitweise krank arbeiteten, oder in Gesundheitsberufen, wo es 69 Prozent waren. Auch bei den Beschäftigten am Bau lag die Zahl derer, die krank zur Arbeit gingen, mit 65 Prozent über dem Durchschnitt.

Unabhängig von der Branche erhöhen dem DGB zufolge schlechte Arbeitsbedingungen die Wahrscheinlichkeit, trotz Krankheit dem Job nachzugehen. Menschen, die sich beispielsweise Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, gehen in großer Zahl auch krank zur Arbeit. In der Untersuchung bejahen dies

82 Prozent. Unter denjenigen, die sagen, bei ihrem Arbeitgeber herrsche eine „schlechte Betriebskultur“, sind es 81 Prozent. Außerdem arbeiten 79 Prozent derjenigen zeitweise krank, die das Gefühl haben, ihre Arbeitslast habe im vergangenen Jahr sehr stark zugenommen.

Tesla-Chefs besuchen kranke Mitarbeiter zu Hause

Aus Sicht von DGB-Chefin Yasmin Fahimi zeigen die Zahlen, „dass die Debatte um die angeblich so faulen und ständig krankfeiern den Arbeitnehmer nichts anderes ist als ein Angriff auf die hart erkämpften Errungenschaften der Beschäftigten“. Die Diskussion sei „ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen, die sich etwa aus Angst vor Arbeitsplatzverlust trotz Krankheit zur Arbeit schleppen“.

Im vergangenen Jahr hatten Hausbesuche des Geschäftsführers und Personalchefs von Tesla bei kranken Mitarbeitern für Diskussionen gesorgt. Nachdem vielfach Kritik am Vorgehen laut wurde, verteidigten sich André Thierig und Erik Demmler. Man sei nicht gekommen, um Forderungen zu stellen oder Kritik zu üben. Man habe nur fragen wollen: „Wie geht es dir? Können wir dir irgendwie helfen?“, erklärten sie. Wenige Tage später erklärte sogar Tesla-Chef Elon Musk, sich in Grünheide ein Bild von der Situation machen zu wollen.

Fahimi warnt erneut: Krank zu arbeiten schade nicht nur der eigenen Gesundheit, sondern gefährde auch die Kolleginnen und Kollegen. „Deshalb ist Präsentismus auch wirtschaftlich schädlich.“

Im Januar hatte Allianz-Chef Oliver Bäte angesichts des hohen Krankenstands in Deutschland gefordert, den bis Anfang der 1970er-Jahre geltenden Karenztag wieder einzuführen. Arbeitnehmer sollten demnach für den ersten Tag ihrer Krankmeldung keinen Lohn mehr erhalten.

Quelle: ntv.de, als

